

# Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Geplätscher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Geplätscher Nr. 926

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 25 Pf. — Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Abzugsgebühr beträgt für die viergeschaltete Zeitung oder deren Hauptteil 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

12. Jahrg.

Gierige eine Beilage.

## Flottenvorlage und Verfassung.

I. V. „Seit Jahresfest findet sich in der Tagespresse verschiedener Richtung die immer wieder von neuem auftretende Nachricht von einem kostspieligen Flottenvermehrungsplan, welcher von dem Konteradmiral Tirpitz an allerhöchster Stelle vorgelegt worden sei. Es muß festgestellt werden, daß weder an allerhöchster noch bei der verantwortlichen Stelle ein Flottenvermehrungsplan zur Vorlage gebracht worden ist. Der Konteradmiral Tirpitz ist zu einer derartigen Vorlage nie berufen gewesen, und hat sich auch nie in einer Stellung befunden, in der ihm ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Marinevorlage hätte zugehen können... Es liegt nicht in der Absicht der Marinewaltung, von dem bisherigen Gebrauch, durch den Staat bestreite zu fordern, was die Marine zur Erfüllung ihrer Aufgabe gebraucht, abzugehen und den gesetzgebenen Körperschaften einen weit ausschauenden Plan oder eine besondere Marinevorlage zu übergeben, die durch die unversehbare weitere Entwicklung der Dinge in fürechter Zeit wertlos werden könnte.“

Diese Sätze waren am 12. September 1886 im „Deutschen Reichsanzeiger“, dem offiziellen Organ der Regierung, zu lesen. Entstiegen und entstießt verwahrt sich damals die Regierung gegen den phantastischen Gedanken, sie könne ja einen „kostspieligen, weit auschauenden Flottenplan“ aufstellen oder eine Marinevorlage einbringen, „die durch die unversehbare Entwicklung der Dinge in fürechter Zeit wertlos werden“ würde. Damals war Herr Hollmann noch Leiter des Reichsmarineamts und unweich schüttelte er im „Reichsmarineamt“ den Konteradmiral Tirpitz ab, der sich niemals in einer Stellung befunden habe, in der ihm der Auftrag zur Ausarbeitung einer Marinevorlage überhaupt auch nur habe zugehen können. Auch die sogenannte „allerhöchste Stelle“ wurde ausdrücklich gegen den Verdacht in Schutz genommen, sie könne mit so einem „kostspieligen, weit auschauenden und wertlosen“ Plan liebäugeln.

In dem Sinne, daß die Festlegung eines Flottenplanes auf lange Jahre hinaus ein Unding sei, hatte sich die Regierung übrigens von jher gefaßt und zwar in der denkbar offiziellsten Form: in bereits in der ersten Flottenentschließung von 1867, die noch dem Reichstag für den norddeutschen Bund vorgelegt wurde, so in der Deutschen Reichsversammlung von 1884, so im Jahre 1893 durch den Mund des damaligen Reichskanzlers Grafen Capabi. Und noch ein halbes Jahr nach Veröffentlichung der oben zitierten offiziellen Note, am 18. März 1897, erklärte im Reichstag Herr Hollmann wörtlich: „Es ist ganzlich unmöglich, daß Ihnen heute eine Marinewaltung sagen kann, was wir nach zehn Jahren brauchen; sie kann es nur für die Gelegenwarte ihres mittleren, und wenn sich die Verhältnisse ändern, dann werden sich auch die Forderungen ändern.“

Mit jener Blödigkeit, die dem neuen Kürse nicht mit Unrecht den Namen eines Schätzchens eingetragen hat, änderte sich dann das Bild: Herr Hollmann wurde noch 1897 in der Leitung des Reichsmarineamts durch den eben erst barsch verregneten Konteradmiral Tirpitz ersetzt und unter dem 30. November 1897 wurde dem Reichstag der noch am 18. März desselben Jahres für „unmöglich“, am 12. September des Vorjahrs für „wertlos“ erklärte Flottenplan nun doch vorgelegt...

Dieser Flottenplan war ein sogenanntes Szenario, in der Art der bei Militärvorlagen früher schon eingeschalteten Septentrone und Quirquonate, d. h. er legte die vom Reiche für die Flotte zu leistenden Ausgaben auf einen Zeitraum von sechs Jahren, von 1899 bis 1905, fest. Aber kaum war der sechste Teil dieses Szenarios verflossen, als, im Januar 1900, die Regierung mit einem neuen Flottenplan vor den Reichstag trat, der den eben erst beschlossenen wieder völlig über den Haufen warf. Dieser neue Flottenplan, der ganz ungeheuerliche Mehrforderungen brachte, setzte die Zahl und Art der zu bauenden Schiffe bis zum Jahre 1916 fest. Die Aufstellung eines Flottenplanes für zehn Jahre war offiziell für unmöglich, für „wertlos“ erklärt worden — nur aber für zehn Jahre aufzustellen, war jetzt der Regierung ein Kinderspiel! Man sieht, welche reizenden Fortschritte unsere Maßgebenden in sehr kurzer Zeit zu machen vermochten!

Auch der neue Flottenplan, gegen dessen Wohlwollen unserer alten Liebknecht seine letzte, von drei Ordnungsräumen begleitete Reichstagsrede gehalten hat, wurde vom Parlament („Hunde sind wir ja doch!“) der Regierung opposed.

Zwei Jahre verflossen — und der Vorwärts war in der Lage, einen Schlußstrich des sehr ehrenwerten Herrn Tirpitz an die Öffentlichkeit zu ziehen, aus dem unzweiflend hervorging, daß es der Regierung auch mit ihrem damals letzten Flottenplan von vornherein nicht im allermindesten Ernst gewesen war, daß alle die feierlichen Er-

Nährungen, mit der Durchführung dieses Plans sei nur „der Bedarf gedeckt“, neue Forderungen seien bis 1916 ganz ausgeschlossen — ettel Schwibel gewesen waren. Ja dem Tropf glosß hieß es:

„Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indienststellungen, im besonderen der möglichst bereits fertigte organisierte Ausbau der Schlachtkreise, mußte in den Berechnungen (der Vorlage von 1900, Red. des „B. B.“) vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem umgehenden Schiffsbefund entsprechende Steigerung der Indienststellungen für die Jahre 1905—1910 so hohe Bedarfssahlen für die „Fortschreitenden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und insgesamt außer Acht gesetzt worden wäre.“

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstag im Winter 1904/05 eine neue Novelle zum Flottengebot vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlentümliche Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken, die betreffende Begründung aber wird

1. den Schiffbauplan für die nächsten fünf Jahre (1906 bis 1910)
2. einen Bericht über die Entwicklung der Seefahrt innerhalb dieser Bauperiode (1906 bis 1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle, die planmäßige Entwicklung der Indienststellungen in den Jahren 1906—1910 dem wachsenden Schiffsbefund und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Fortschreitenden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzusehen.“

Diese Sätze beweisen für jeden, der lesen konnte, aufs deutlichste, daß der Reichstag im Jahre 1900 von der Regierung in klarer Weise schamlos getäuscht, mit unzähligem Dreißigfach hinters Licht geführt worden war. Der solche Tat überführte, für sie in erster Linie wenigstens verantwortliche Herr Tirpitz aber blieb seelenvergängt, als wäre nichts geschehen, in Amt und Würke, er zieht das Reichsmarternamt auch heute noch als Chiff und ist so in der Lage, dem Reichstag — mit einer einzädrigen Verschiebung allerdings — jenen allerneuesten Flottenplan in stark „verbesserter“, d. h. vermehrter Fassung vorzulegen, den sein Geheimrat schon für den Winter von 1904 auf 1995 angekündigt hatte.

Über die völlige Einzigartigkeit solcher fortwährend mit der ernstesten Miene von der Welt vorgelegten weit auschauenden „Programme“, über die unglaubliche Mähabilität gewisser sogenannter Politiker, solche Programme irgendwie einst zu nehmen und ihr tragikomisches Schicksal dann immer wieder, wie einst Herr Lieber, in der samten Rolle des „blamierten Gariboldi“ dagaussehen, soll hier nicht weiter gezeichnet werden; denn politisch weit interessanter als alles dies, weit interessanter besonders als der kaleidoskopartige Wechsel der Programme unserer höchst konstanten, höchst zielbewußten Regierung in der Flottenfrage ist die Entwicklung des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien gegenüber der offensabaren Verfassungswidrigkeit, die in der gleichzeitigen Festlegung weitangreifender Flottenpläne liegt. Das einzige einigermaßen ernsthafte Recht, das die deutsche Reichsverfassung, dieses „Heiligenblatt des Absolutismus“, dem Reichstag einräumt, ist das Budgetrecht, das Recht der jährlichen Bewilligung oder Verweigerung des Staats. Es ist, im Gegenzug z. B. zu bemerkt im mindesten substantieller, völlig in der Luft schwappenden „Recht“ den Reichskanzler für den Gang der inneren und äußeren Politik „verantwortlich“ zu machen, das einzige, sofern es wenigstens wieklane Preissmittel des deutschen Parlaments der Regierung gegenüber. Dass auch dies Preissmittel tatsächlich nur dann wirksam werden kann, wenn hinter dem Willen der Parlamentsopposition die entschlossene Macht oppositioneller Volksmassen steht, ist selbstverständlich, kommt hier aber nicht in Betracht. Jedenfalls wäre es selbst oder vielmehr gerade vom Standpunkt des bürgerlichen Parlamentarientums, des liberalen Konstitutionalismus aus, die erste Pflicht des Reichstags, auf das eisernenste darüber zu wachen, daß ihm sein einziges formelles Recht wenigstens erhalten bleibt. Die Ausübung einer Festlegung der Militär- und Flottenausgaben auf lange Zeiträume hinaus hätte also von den bürgerlichen Parteien als ein Schlag ins Gesicht empfunden und mit äußerster Energie zurückgewiesen werden müssen, möchte solche Ausübung des Budgetrechts nun ganz offen proklamiert oder möchte sie, wie bei dem Flottengesetz von 1900, schamhaft verschleiert werden durch die Aufrechterhaltung des „Rechts“ jährlicher Neu-bewilligung“ einzelner Teile der einmal schon im ganzen der Regierung zur Besichtigung gestellten Summe.

Wie aber haben sich die bürgerlichen Parteien diesen Bannungen gegenüber verhalten, die geradezu den Tod des bürgerlichen Parlamentarismus bedeuten? Von einem Male

zum andern sind ihre „verfassungsrechtlichen“ Bedenken geringer geworden, von einer Flottendebatte zur andern ist der staatsrechtliche Gesichtspunkt mehr in den Hintergrund getreten! Wir sehen hier ganz ab von den hohen Kämpfen, die noch bei den großen Militärvorlagen von 1887 und 1893 um das Budgetrecht des Reichstags entbrannten und halten uns allein an die Erfüllung des Staatsrechts durch den Marinismus. 1897 noch eine laute Opposition des Freiheitsstaates und des linken Zentrumsflügels! Niemals werden wir dulden...“ 1890 löste der bürgerliche Oppositionsarm schon bedeutend gedämpfter, und es waren außer der Sozialdemokratie eigentlich nur noch die beiden sogenannten Volksparteien, die die verfassungsrechtliche Frage ernsthaft erörterten. Als im Jahre 1902 dann der Tirpitzbericht veröffentlicht wurde, verlangte nur noch die „Freisinnige Zeitung“, die heutige „Freie deutsche Presse“, den sofortigen Rücktritt des Herrn Tirpitz und Eugen Richter war der einzige bürgerliche Parteiführer, der ernsthaft im Reichstag die gleiche Forderung erhob. Das war aber auch das letzte Aufblitzen der bürgerlichen Verfassungsbedenken! Heute schreibt überhaupt niemand mehr von dieser Seite der Sache, dem unentwegt liberalen „Berliner Tageblatt“ und anderen Organen des gleichen Kalibers gehen die neuen, das Staatsrecht abermals aufs schwerste verletzenden Forderungen der Regierung noch lange nicht weit genug, und mit Herrn Tirpitz, der vor ein paar Jahren den Reichstag so frisch zum Narren hatte, sind die Herren Schöff, Müller-Steininger, Storck und wie die tapferen Oppositionsmänner von anno dazumal sonst noch heißen mögen, ein Herz und eine Seele...

Wir haben den verfassungsrechtlichen Bestandteil der Flottenfrage heute nicht etwa deshalb etwas aufsichtlicher erörtert, weil er für die Sozialdemokratie das wichtigste, das ausschlaggebende Moment bildet. Davor ist bei uns, neben der bürgerlichen Parlamentariertruppe mit sonst der Spätgeburt des deutschen Reichsverfassung bekanntlich durchaus nicht das und O ihrer politischen Grundausbildung ist, natürlich gar keine Rede. Wir wollen nur den rapiden Rückgang des bürgerlich staatsrechtlichen Empfindens bei seinen „georenen“ Vertretern, den bürgerlichen Parteien selbst, einmal an einem besonders frischen Beispiel beleuchten. Regierung und bürgerliche Parteien pfeifen auf die Verfassung, sobald sie ihnen nicht paßt; ohne Skrupel und Zweifel werfen sie, wenn's ihnen gerade bißig scheint, Verfassungsgrundsätze über Bord wie lästigen Ballast. Das beweisen auch die unvergessenen Dezentertage von 1902, das beweist auch die Geschichte des Flottenwahns. Wer will es unter solchen Umständen der klassenbewußten Arbeiterschaft verargen, daß auch sie vor dieser taurisch durchlöcherten Verfassung nicht die leiseste Spur von Hochachtung empfindet, daß auch sie die dünnen Zwirnsäden toter Paragraphen lächelnd zerreißen wird — sobald einmal ihre Zeit gekommen ist?

## Politische Statistik.

Deutschland.

Steuerverlastung. Es wird immer behauptet, daß in Deutschland die große Masse des Volkes schwächer und die bessigenden Klassen stärker belastet seien, als das in anderen Ländern der Fall ist. Demgegenüber stellt H. Schröder in seinem eben erschienenen Buche „Die Reichsverhältnisse“ eine Tabelle auf, die zu ganz anderen Resultaten gelangt. Danach sind an dem gesamten Steuerausstrom beteiligt in:

	Italien	Engl.	Öster.	Frank.	Preußen	Rest.	Deutschland
Steuern							
in Prozent	43,52	35,05	29,1	27,11	17,8	12,05	

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

die direkten

Steuern

in Prozent

die indirekten

Steuern

in Prozent

beischworen worden ist, hat bereits einen bedeutenden Grund für Steuern veranlaßt, beim Landtag seines Landes eine Erhöhung seiner Bezüge zu beantragen. Es handelt sich um den Fall von Schwarzburg-Rudolstadt, der, wie wir bereits berichtet haben, eine Erhöhung der "Kameralsrente" von 268 000 Mk. auf 300 000 Mk. beantragt. Er ist zur Auflösung des Landtages gestritten, nachdem dieser die Forderung abgelehnt hatte. In der Begründung, die die schwarzburgische Regierung ihrer Mehrheitsförderung hinzufügt hat, heißt es ausdrücklich:

"Bedingt ist die Steigerung der Ausgaben durch die Versteuerung der Lebensmittel, der Löhne u. s. w."

Da nach dem Urteilsschreiten der neuen von den Agrarierern billigten Handelsverträge noch eine weitere Steigerung der Lebensmittel in Deutschland eintreten wird, so werden vorausichtlich auch noch andere Bundesländer eine Erhöhung ihrer Bezüge verlangen. Hoffentlich halten die Volksvertretungen darauf, daß erst in den wirtschaftlich schwachen Teilen des Volkes die Not beseitigt wird. Die Fürsten könnten's immer noch aushalten.

**Vorwärts!** Bei den Gemeinderatswahlen in Mühlberg wurden fünf Sozialdemokraten gewählt. Das Zentrum, das einen noch größeren Erfolg als bisher im Gemeinderat erhalten wollte, hat sieben Sitze verloren, während unsere Genossen fünf gewonnen. — In Eisenach gelang es unseren Genossen zwölf Sitze zu erobern. — Glänzend abgeschnitten haben bei der Stadtvorordnetenwahl in Trebbin (Kreis Teltow) unsere Parteigenossen. Die aufgestellten Kandidaten wurden mit je 94 resp. 92 Stimmen gegenüber 80 bis 82 Stimmen gewählt. Somit ziehen die ersten drei Arbeitervertreter in's Trebbiner Stadtparlament ein.

Der Blütenauftag des Zentrums schlägt vor, den Artikel 32 der Reichsverfassung durch folgende Bestimmungen zu erweitern: "Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode, und zwar so lange der Reichstag versammelt ist, sowie nicht Tage vor Eröffnung und nicht Tage nach Schluß des selben freie Fahrt auf den Eisenbahnen, und für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstages Anwesenheitsgeld in der Höhe von zwanzig Mark für jeden Tag. Der Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstages steht es gleich, wenn der Abgeordnete außerhalb des Versammlungsortes des Reichstages durch Arbeiten im Auftrag des Reichstages in Anspruch genommen ist. Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagessalden abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstages in seiner beforderter Eigenhaft als Mitglied einer politischen Körperschaft für dieselbe Zeit bezahlt."

Da haben wir's! Der Sonntag in Banzlau abgehaltene niedersächsische Parteitag der freisinnigen Volkspartei nahm nach Entfernung von Müller-Sagan eine Resolution an, wonin es heißt: Der Parteitag vertont darin, daß die Partei unter Wahrung des Wahlrechts und der Parteidoktrin von den Flotten- und Steuerordnungen das Notwendige und Erreichbare bewilligen werde. — Richtig!

**Zur Verbesserung der preußischen Volkschule.** Der dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf über die Unterstützung der öffentlichen Volksschulen bewirkt eine Beleidigung der bisherigen Reichsministerie durch unchristliche Übertrumping der Schulsparten an die bürgerlichen Gewinden. Der Gerechtsame, der in allen Provinzen, außer in Westpreußen und in Posen, gelten soll, trifft auch eine Rekerzung der konfessionellen Schulschäftsleistungen bei Belasseulex. Die Schulen sind in der Regel so einzurichten, daß evangelische Kinder durch evangelische Lehrkräfte, katholische Kinder durch katholische Lehrkräfte unterrichtet werden, doch "sofern" bestehende Einrichtungen erhalten bleiben und auch verbleibt werden.

**Denkthut heißt Freiheit . . .** Gegen den Chefstaatsrat des "Bd. Blz." wurde wegen eines Artikels über den Kaiser die Strafversetzung wegen Reaktionärsfeindlichkeit eingeleitet.

**Zur Abstimmung in Schwarzburg-Rudolstadt.** Der, wie jetzt berichtet, vorerst die Auflösung des Landtages folgte, ist noch bemüht, daß nur die vier Abgeordneten der Hochbeamten, nämlich Paris, Krieger, Schütz und Lüttig, für die Schwarzburg-Rudolstadt stimmen. — Die acht bisherigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten erhält bereits einen Aufschub an die Wähler, worin es steht: „Aber in bezieber Schwarzburg, wo Millionen deutscher Familien ja mit Hunger ein kommen damit abfinden müssen, darf diese durch eine vor neuer Regierung bald geforderte eigentliche Sozialpolitik jeder Bürger betreut und der Geschäft des Staates fast zur Hand gebracht werden, in bezieber Schwarzburg selbst ja die barmherzige sozialpolitische Regierung, die Erhöhung der jährlichen Stiftung von 268 000 Mark auf 300 000 Mark zu fordern! . . . Und wenn die jetzt geplanten 268 000 Mark Sommerrente das einzige wäre, was das Land für die zukünftige Sozialität zu tun hätte! Dannen daß dann noch 50 000 Mark für den Unterhalt der Eltern, noch 36 000 Mark für die Asylbewohner des Fürstentums. Alles zusammen 340 000 Mark wären ja so kostbare von einem 95 000 Köppen zählenden Volke für den Haushalt aufgebracht werden; das beträgt pro Kopf eines 3,50 Mark oder für eine häusliche Familie und 20 Mark. Und trotzdem die Unzufriedenheit! Das ausgestopfte neue Gewissen, die zu Schamme gesetzten werden, gibt es für Gott zu Zeugnisse und der Menschheit. Die Eltern sind vielleicht in der schlechten Erfahrung, daß mit diesen Roppen in einem Seminar ausgebildet werden, wenn in anderen Ländern in Stellung, weil bei uns das Mutterrecht nicht so wichtig ist. Das einzige Gewissen der Sozialpolitik ist ja immer überall. Spätestens der Entscheidung zu entnehmen, wird die Sozialpolitik fortgeführt werden. Und ersterer jeden Menschen glaubt die Regierung, daß wir in dem auf Erhöhung des Sommerrenten gezielten Sozialprogramm bestehen und damit uns möglichst rasch eine Zukunft zu verschaffen.“ — Ein Beispiel, die Landtagswahl ist ja jetzt vielleicht nicht mehr. Das ist ja jetzt die Forderung, daß infolge der Höhe vom Markt an die Lohnsatzpreise herunter gehen als sie ohne die Goldmarkung sein würden?

Haben wir denn überhaupt Bedürfnis nach einem Fürsten? Uns Sozialdemokraten kann es nur sein, wenn auch einmal wieder über Zweck und Nutzen des Gottesstaates und der Erbterren ange stellt werden.

**Der Fahneneid gilt für das ganze Leben.** Am Sonnabend fand in Dresden die Metzgervereidigung des Dresdner Garnisons statt, wobei König Friedrich August eine Ansprache an die jungen Vaterlandsverteidiger hielt. An die Heiligkeit des Eides, führte der König aus, sei schon von berufener Seite ausführsam gemacht worden. „Ich richte nur“, fährt er dann fort, „die Ermahnungen an Sie, teils diesen eingedenkt zu sein, daß der mir geschworene Eid Sie nicht bloß für die Jahre bindet, in denen Sie aktiv dienen, sondern auch für Ihr ganzes Leben.“ Gebe Gott, daß Sie sich alle bereit auf dem Totenbett das Zeugnis aufstellen können: „Ich habe die in diesem Augenblick übernommene Verpflichtung gehalten und sterbe als brav, ehrliebender, loyalistischer Soldat. Ich erwarte es zufriedlich, daß Sie alle im Frieden wie auch gegebenfalls im Kriege Ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun.“

— Wenn der König diesen Wunsch erfüllt sehen will, ist es mindestens notwendig, daß die Söhne der Staatsbürger dritter Güte vom Heeresdienst entbunden werden. Die Söhne der entrichteten Staatsbürger kann auch der Fahneneid nicht zu Patrioten umstimmen. Nach dem unglücklichen Verlauf des deutschen Februarsturzes von 1866 und angesichts der damaligen hochverräderischen Umtriebe der industriellen Bourgeoisie soll der Kronprinz Albert, der spätere König Albert, das Wahlrecht von 1868 als den Dank des Hauses Wettin an das sächsische Volk für die auf den böhmischen Schlachtfeldern bewiesene Treue bezeichnet haben. Damals fühlte das sächsische Königshaus das Bedürfnis, sich auf das Volk zu stützen. Ein Menschenalter, dreißig Jahre später hatte die liberale Großbourgeoisie unter dem Gang der Ereignisse längst ihren Frieden mit dem Hause Wettin gemacht, so daß sie es wagen konnte, den Dank an das sächsische Volk auszuslösen und das Wahlrecht zu zerstreuen — unter der Zustimmung des Königs Albert. Und wiederum sind zehn Jahre bis dorthin gegangen.

Die unerträgliche Etablierung über den Wahlrechtsraub von 1890 kam mit elementarer Wucht zum Ausbruch bei den Reichstagswahlen von 1903. Der Nachfolger König Alberts drohte zur Wahlreform. Der Tod verhinderte ihn an ihrer Durchführung. Friedrich August aber hat die wichtigsten Anlässe in seiner jungen Regierung vorübergehen lassen, ohne ein Wort über die Wahlreform zu sagen — er schaut auf den Fahneneid. Für das entrichtete Volk gilt der Fahneneid nur bis an das Tor der Kaserne. Der Soldat, der den „Ruf des Königs“ aufgezogen hat, läßt sich einsortieren in die Batallions des entrichteten Volkes, der Sozialdemokratie. Wie viele ehemalige Soldaten, die nach dem Fahneneid geleistet, mögen jüngst vor dem lädierten Schlosse das allgemeine gleiche Wahlrecht gefordert haben? — — — Friedrich August hat schlechte Ratgeber.

**Die Bedingungen, unter denen sich die Unterwerfung der Hottentotten vollzogen hat,** teilt der Gouverneur v. Biadekoff in einem Telegramm mit. Diese Bedingungen sind folgende: 1. Abgabe von Gewehren, Munition und Pferden. 2. Zusicherung des Lebens mit Ausnahme der Mörder. 3. Vieh wird den Unterworfenen sowohl beschenken, als solches zum Unterhalt der Frauen und Kinder erforderlich ist. 4. Die Unterworfenen werden vorläufig noch Gibon übergeben führt. — Allzu human sind diese Bedingungen gerade nicht.

**Auferlegung der Taxierung durch die Regierung.** Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes berücksichtigt die Abschaffung des Griechs über die Naturbelastungen für die bewaffnete Macht im Frieden eingegangen. Der Griechen war erhöht die Vergütungsjahre für Naturbelastung. Quartierierte Soldaten haben sich in der Regel mit der Koft des Quartiergebers zu begnügen. Das Streitfeld ist als Windsturm zu gewöhnen: 700 g Brot, 250 g Fleisch nebst 60 g Butterkäse (oder 40 g Schmalz oder 25 g Butter oder 200 g geräucherten Speck), 125 g Reis, Gruppen (oder Grütze oder 250 g Hülsenfrüchte oder 1500 g Kartoffeln), 25 g Salz, 15 g Kaffee. Die bei Bereitstellung des Naturbelastung den Quartiergebern zufügende Vergütung beträgt nach § 9 Nr. 2 des geltenden Gesetzes für Krieg und Tag:

	mit Brot ohne Brot
a) für die volle Tageslohn	80 Pf. 65 Pf.
b) für die Mittagslohn	40 " 35 "
c) für die Abendlohn	25 " 20 "
d) für die Morgenlohn	15 " 10 "

Diese im Jahre 1875 festgelegten, im Jahre 1898 wiederholten Sätze sollen nun erhöht werden. Es sollen für den gereizt geführten Griechen: 1. Mil bezw. 85 Pf., zu b: 52 bezw. 47 Pf., zu c: 29 bezw. 24 Pf., zu d: 19 bezw. 14 Pf. ferner bezahlen. Die Erhöhung beträgt also rund 25 Prozent. Die Regierung jedoch sieht nun aber anzuzeigen, daß diese Erhöhung infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise und insbesondere mit Rücksicht auf die Steigerung der Preise notwendig ist, die nach dem 1. März infolge der dann in Kraft tretenden Goldmarkung erfordert wird. Sie begründet die Erhöhung mit dem Hinweis, daß die mit der Bereitstellung der Speisen verbundene Pflichtlast höher als früher zu veranschlagen ist und daß die Erhaltung der Quartierbarkeit seit 1875 gehoben, in der Regel aber eine dem Inhalt des Quartiergebers entsprechende Verdopplung bebracht werde. Die Regierung hat ja die Höhe erhöhen lassen, um die Preise zu steuern — was also jetzt die Berechtigung, daß infolge der Höhe vom Markt an die Lohnsatzpreise herunter gehen als sie ohne die Goldmarkung sein würden?

**Bon Wilhelm II gezeichnete „Marinetafel“** ist ebenfalls in der Marinetafel des Reichstages aufgeführt worden. Solcher Marinetafel, die vor sechs oder acht Jahren noch völlig leer stand, um die bürgerlichen Abgeordneten zur Nationalfeier zu feiern, bedarf es heute eigentlich gar nicht mehr. Sie sind ja längst längst flottenstrom geworden.

**Die Worte, welche sich bei den letzten Wahl-** und Abstimmungswahlen in Sachsen eingespielt haben, werden von Greifswalds Goldstein im Landtag zum Generalstab einer Unterpräsidenten gemacht werden. „Unter Strafe wird

nicht verfehlten, daß standhaftes Vorgehen der königlichen Schutztruppe scharf zu geahnden.

**Das Spremberger Eisenbahnhunglück** wird heute im Dreiklassensparlament Preußens infolge einer Interpellation zur Sprache kommen.

#### Mitschland.

**Die Henkersblüte** wollen Lust sehen. Nach Mitteilungen aus Sebastopol ist Leutnant Schmidt, der führe und unerschrockne Vorkämpfer für die Freiheit, gehängt worden, trotzdem er bekanntlich tödlich verwundet war. Einiges Neues ist es bei den russischen Schergen nicht, Halbtote auf das Schiff zu bringen. Wurde doch im Jahre 1889 Große Kahan-Bernstein schwerkrank im Bett liegend auf das Schiff gebracht, um sein Leben für die Freiheit zu lassen.

Da der Streit der Telegraphenbeamten auf allen Deut. perfekt ist, fehlen die ersten Nachrichten aus Kaschmir vollständig. Man weiß also nicht, ob sich nicht gegenwärtig ein Kampf zwischen der Britton und dem Volk abspielt.

Die auf Umwegen nach hier gelangenden Melbungen, für deren Richtigkeit keine Gewähr geboten werden kann, besagen: Ja Sebastopol dauert der Kampf der Freiheitskämpfer gegen die Reaktion noch fort. (2) — Die Garnison von Odessa ist unruhig. Die Krakauer "Nowa Reforma" meldet aus Grodno: Zweie Kompanien des hier garnisonierenden Artillerie-Regiments wurden wegen Insubordination verhaftet.

In Finnland ist ein neuer Eisenbahnerstreit anlässlich der erfolgten Ernennung des Senats ausgebrochen. Reuters Bureau meldet aus St. Petersburg: In Kronstadt ist die Nachricht eingetroffen, daß ein aus zwei Kreuzern und 6 Berserken bestehendes Geschwader in der Ostsee, unweit der russischen Küste, gesunken wurde. Man glaubt, daß dies auf die bevorstehende Flucht des kaiserlichen Familien blödente. Graf Alvensleben habe ein Handschreiben des Kaisers Wilhelm II dem Baron überbracht. Eine Verstärkung dieser Melbung bleibt abzuwarten. Immerhin liegt sie uns nicht so unwahrscheinlich.

Der "Times" wird aus Petersburg vom 2. Dezember in einer über die Grenze geschickten Telegramm u. a. gemeldet: Die Reaktion gewinnt in Kaschmir schnell die Oberhand; durch den Sieg bei Sebastopol ermutigt, befürworten die Reaktionäre ganz offen eine bewaffnete Unterdrückung der Bewegung. Die Truppen sind in Petersburg konzentriert und Blutvergießen scheint zu drohen. Die Reaktionäre sagen, schnelles Handeln sei notwendig, sonst würden die Arbeiter und Bauern zu stark. Die sozialistischen Parteien hielten Freitag abend zum ersten Male eine gemeinsame Versammlung ab und beschlossen, daß eine bewaffnete Erhebung das einzige Mittel sei.

Der Arbeiterdeputiertenrat Petersburg hat in seiner Sitzung vom 28 November folgende Resolution angenommen. Bürger, mehr als 100 000 Arbeiter sind in Petersburg und in den anderen Städten aus die Straße geworfen. Die absolutistische Regierung hat dem revolutionären Proletariats den Krieg erklärt. Die reaktionäre Bourgeoisie vereinigt sich mit dem Zarismus — sie beabsichtigt, durch Hanger die Arbeiter zu zwängen und den Kampf zum Scheitern zu bringen. Der Arbeiterdeputiertenrat erklärt, daß diese riesige Ausschwärzung eine Herausforderung seitens der Regierung ist. Die Regierung will das Proletariat Petersburgs zu vereinzelter Zusammenstoß provozieren; die Regierung will davon Nutzen ziehen, daß die Arbeiter der anderen Städte sich nicht sehr genau den Arbeitern Petersburg angeschlossen haben; die Regierung frägt sich mit dem Plane, die einen wie auch die anderen zu erdrücken. Die Arbeiter werden sich aber nicht auf die Provokation der Regierung einlassen. Der Arbeiterdeputiertenrat erklärt, daß die Arbeiter nicht bei den ungünstigen Verhältnissen in den Kampf eintreten, bei denen die Regierung sie zu diesem Kampfe herausfordert. Wir müssen alles mögliche dafür tun, um den gesamten Kampf des Proletariats Russlands zu vereinigen mit dem revolutionären Hevortreten des Bauernunums, der Armee und der Marine, die sich auch schon in heroischem Kampfe für die Freiheit erheben. Es beschließt daher der Arbeiterdeputiertenrat: 1. Alle geschlossenen Fabriken müssen wieder geöffnet und alle ausgesperrten Kollegen wieder eingestellt werden. Alle Volksrichter, denen nicht nur in Worten, sondern in der Tat die Freiheit teuer ist, werden aufgefordert, diese Forderung zu unterstützen. 2. Das Unterstützen dieser Forderung hält es der Arbeiterdeputiertenrat für notwendig, an die Soldatheit des gesamten Proletariats Russlands zu appellieren und, falls die Forderung nicht erfüllt wird, ihn zu einem politischen Massenstreik und zur Eroberung anderer Städte einzuladen. 3. Das Proletariat Petersburgs bittet alle Bürger und alle Volks- und Gesellschaftsgruppen, die ausgetretene Arbeiter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Aus Russisch-Polen erfährt die "König. Blz.", daß die Besorgnisse vor Gewalttäglichkeiten im Januar sind, die leicht nach dem Auslande abziehen, um die Sicherheit zu bringen. In verschiedenen Städten Polens verzögert die Regierung gegründet vollständig und man läßt der revolutionären Propagande die Freiheit zur Entwicklung. So wird das Beispiel aus Lodz berichtet, daß das Tagewerk der Arbeiter sich augenscheinlich in folgender Weise abspielt. Frühmorgens begeben sie sich, soweit sie arbeiten, zu großen Aufzügen unter Vorantragung roter Fahnen nach den Fabriken, und nach Beendigung der Arbeit wird dann jedesmal wieder eine große Umzugsfahrgabe abgehalten unter Vorantragung roter Fahnen mit Slogans wie "Es lebe die Revolution!" "Vor dem Zaren!" "Es lebe die Revolution!" "Vor dem Zaren!"

Die Regierung, welche sich bei den letzten Wahl- und Abstimmungswahlen in Sachsen eingespielt hat, werden von Greifswalds Goldstein im Landtag zum Generalstab einer Unterpräsidenten gemacht werden. „Unter Strafe wird

kommen sein, daß sie vor den roten Fahnen das Gewehr präsentiert haben. Ab und zu findet irgendwo eine kleine Schießerei statt, aber bezüglich ohne Plan und Ziel und aus reiner Zufälligkeit. Man ist davon gewöhnt.

### Serbien.

**Und so pumpen wir . . .** Serbien beobachtigt, zum Zwecke der Neubewaffnung seiner Armee und des Ausbaus seines Eisenbahnnetzes eine Anzahl von 70 Millionen Dinars aufzunehmen. — Ob diese Absicht wohl verwirklichen läßt?

### Oesterreich-Ungarn.

**Der Kampf ums Wahlrecht.** Von dem gewaltigen Umfang der Wahlrechts-Demonstrationen unserer österreichischen Genossen gibt folgende Aufzählung der Orte, in denen Demonstrationen stattfanden, einen Eindruck: Wienstadt, Bagdad, Graz (30—40 000) Marburg, Salzburg (10 000), Innsbruck (12 000), Bozen, Villach, Triest (15 000), Götz, Spalato, Muggia, Pola, Istrija, Krakau (60 000), Tarnopol, Reutzenbach, Rosno, Stryj, Jaslo, Olitzia, Rzeszow, Stanislaw (18 000), Lemberg, Jaroslaw, Kolomea (12 000) Sanok, Drohobycz (10 000), Brody, Borislaw (15 000), Nowy Sacz, Czernowitz, Radom, St. Pölten, Hainfeld, Schärding, Steyr, Meran, Steyerberg (30 000), Karlsbad, Friedland, Zwidau, Leitzen (25 000), Saaz, Biel (20 000), Gablonz (20 000), Schleidenwald, Budweis, Kolin (12 000), Olmütz, Stephanau, Sternberg, Deutschbäume, Zwettl, Bödenstadt, Mährisch Trüben, Freudenthal, Leopoldau, Freivaldau, Oderberg, Odrau, Lemberg (60 000). — Bravo!!

**Das österreichische Abgeordnetenhaus** hielt am Montag die Erörterung über die Erklärung des Reichspräsidenten fort. Abg. Kubitschek trat für das allgemeine eine Wahlrecht ein, das die überwiegende Mehrzahl des polnischen Volkes als eine Erhöhung aus der politischen Anerkennung ansiehe. Abg. Gulli erklärte, das gesamte slowenische Volk wünsche die Erfüllung des allgemeinen Wahlrechts. Abg. Lenassi betonte die Notwendigkeit eines gerechten nationalen Schutzes. Abg. Straucher trat gleichfalls für das allgemeine Wahlrecht ein. Abg. Graf Drieduszky warnte unter Berufung auf geschichtliche Beispiele vor einer jähren und überflüssigen Durchführung einer die gesamte Verfassung und Gesellschaftsordnung beeinflussenden Reform. Redner erklärte, die überwiegende Mehrzahl des Polenclubs sei für eine Erweiterung des Wahlrechts, jedoch unter einer Anzahl von Voranträgen, darunter der Aenderung der Gesellschaftsordnung, Ausgestaltung der Autonomie der Landtage und der gleichzeitigen Ausdehnung des Landtagswahlrechts auf weitere Volkschichten, Sicherung der berufsgesetzlichen Vertretung im Reichsrat. Einschränkung des Wahlungskreises des Reichsrates. Eine derartige Verfassungsänderung würde zugleich für das Reich gefährlich für die Völker und für die Gesellschaftsordnung sein, und in diesem Sinne wollten die Polen in eine Prüfung der Wahlreform eintreten, die jedoch nur einen Teil einer größeren Reform bilden sollte. — Die polnischen Schiedsgerichte lehnen die Wahlreform nicht ab, aber sie wollen sie mit so viel Rücksicht beziehen, daß nichts Vernünftiges daraus werden kann.

**Was wird geplant?** Die gesetzige Wiener "Neue Freie Presse" meldet: 12 Infanterie-Bataillone in Linz, Krakau und Olmütz, sowie die in Wiener Neustadt und Wels stationierten Dragonerregimenter haben heute Nacht den Befehl zum Marsch nach Böhmen erhalten. Offiziell wird dieser Befehl als notwendige Vorsichtsmaßregeln angesehen, die in Prag und in den nördlichen Teilen Böhmens herrschenden Stimmung bezirkt, welche Ruhestörungen befürchten lassen. — Wie es scheint, will die österreichische Regierung den Säbel holen und die Fäuste schwingen lassen. Durch solche Maßnahmen wird die Ruhe, die das österreichische Volk in seinem Wahlrechtskampfe noch immer bewahrt hat, gestört.

### Frankreich.

**Zur Erklärung Rouviers** in der Debatte über die Revolution in Russland bemerkt Genosse Faure in der "Humanité": "Die Rechte und das Recht waren ein wenig vor der Erklärung Rouviers entstanden, später dienten doch, weil sie darin eine Begründung der Rechte des Abg. Gambetta erblickten. Die sozialistischen Abgeordneten aber wollten durch den Besuch kundtun, daß sich die Freundschaft Frankreichs über die zusammenstürzende Regierung des Barres hinweg der russischen Nation zuwenden, die unter schwierigsten Opfern die Freiheit erkämpft. Frankreich fühlt sich solidarisch mit dem befreundeten Volke, das gegenwärtig das Ziel der langen Freiheitskampf abschafft."

### Öffend und Nachfragebörsen.

Mittwoch, den 6. Dezember.

**Zugang von Schlachtern nach Kiel** ist dringend fernzuhalten, da die dortigen Gefallen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von ihren Meistern ausgesperrt werden sind.

Die Bürgerschaft trat in ihrer neuen Zusammensetzung am Montag erstmals zusammen. Der Saal bot ein ganz ungewöhnliches Bild; es waren nämlich fast alle Blätter besetzt und nur drei Bürgerchaftsmitglieder fehlten. Auch die Tribünen waren gefüllt, und zwar nicht nur diejenigen, die dem gewöhnlichen Publikum zugänglich sind, sondern auch die Senatslogen. Es waren sicher nicht die Beratungsgegenstände, welche Volk und Volksvertreter bewogen hatten, in hellen Scharren dem Rathause zuzustromen, sondern man wollte sich die gefährlichen vier Ruten einmal in der Nähe befehen. Vierziger von den Feuerjägern, dessen Phantasie sich einen Revolutionär nur als bluttriefenden, rohen Gesellen vorstellen kann, dürfte wohl enttäuscht gewesen sein, als er unsere Genossen gesehen und manlich auf der Bank saßen sah, die vom Präsidiententische aus am weitesten nach rechts gestellt ist. Normalen saßen auf derselben die Agraytier, die jetzt etwas weiter vor gerückt sind.

Um Präsidiententische thronete einsam der bisherige Wortsührer Stiller. Als er zur Neuwahl des Präsidienten schreiten lassen wollte, konnte es unser Genosse Wissell nicht versagen auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen dem Wortlaut der Verfassung und dem Verhalten des Wortsprechers lag. Die Verfassung bestimmt nämlich, daß die Wahl des Präsidiums in der ersten Sitzung der

Bürgerschaft nach ihrer Neuwahl stattfinden soll. Diese Sitzung hat jedoch bereits im November stattgefunden. Nun besteht jedoch wiederum eine Bestimmung, nach welcher die neue Bürgerschaft erst im Dezember zusammentritt soll. Es mußte also eigentlich die alte Bürgerschaft das neue Präsidium wählen. Dass das ein Unding ist, wird niemand beeweisen; worum hat man dann aber unterlassen, die beiden Vorschriften mit einander zu vereinbaren? Anscheinend hat die Wut, mit welcher man an die Verschlechterung des Wahlrechts ging, die Leute blind gemacht.

Die Wahlen des Bürgerschaftswortführers und dessen Stellvertreter gingen programmmäßig vor sich; unsere Genossen gaben weiße Stimmzettel ab. Inwieweit die von den Herren abgegebenen Erklärungen, daß sie ihres Amtes unparteiisch walten wollen, auch erfüllt werden, muß die Zeit lehren! Auch die Wahlen zum Bürgerausschuß boten keine Überraschung; eine Genosse wurde nicht gewählt!

Von den Senatsanträgen entfesselte gleich der erste, der den Landesvertrag an den Ufern der Elbe betraf, eine lebhafte Debatte. Unsere Genossen erklärten sich zwar nicht gegen den Antrag, sie wünschten jedoch Zeit zu gewinnen, um sich eingehend zu informieren und beantragten Kommissionsberatung. Die Bürgerschaft, besonders Herr Dobberstein, hielt es nicht für nötig, daß die Mitglieder sich erst völlig mit der Materie vertraut machen, ehe sie abstimmen, und lehnte den Antrag auf Kommissionsberatung ab. Der Senatsantrag fand darauf Annahme.

Eine lebhafte Debatte rief der Senatsantrag auf Errichtung eines Hauptstieles im südlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz hervor. Von Seiten unserer Genossen, jedoch auch aus den bürgerlichen Kreisen, wurden verschiedene Missstände zur Sprache gebracht. Da die Mündung des neuen Stieles in der Nähe der Badeanstalten auf dem Hükenberge aufliegen kommt, fürchtete man mit Recht, daß durch die Stielauflassung die Badeanstalten leiden würden. Von unserer Seite wurde ein Antrag gestellt, nach welchem die Bürgerschaft den Senat erfuhr, baldigt eine Klärungsanlage bei der Siedlung zu bauen. Obwohl sich der Senat gegen die Annahme dieses Antrages erklärte, stimmte die Bürgerschaft ihm zu. Hierbei kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen dem Wortführer und dem Genossen Wissell, als letzterer es mit Recht als nicht der Würde der Bürgerschaft entsprechend erklärte, daß der Senat erst nach Annahme seines Antrages unser Suchen für unannehbar erklärte.

Die übrigen Senatsanträge wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Zum Schlus langten noch zwei aus der Mitte der Bürgerschaft gestellte Anträge zur Beratung. Herrn Ulm stand die Warenhäuser ein Dorn im Auge, und um deren Entfernung zu hemmen, hatte er seinen Antrag eingebrochen, der auch, wie Dr. Venda mit Recht nachwies, short aus formellen Gründen nicht angenommen werden konnte. Prinzipiell sprachen sich unsere Genossen gegen den Antrag aus, durch dessen Annahme man sich in Deutschland lächerlich machen würde. Schließlich gab es noch ein Nebendum zwischen den Herren Ulm und A. Pape. Ulm zog darauf seinen Antrag zurück.

Wie die erste Sitzung der neuen Bürgerschaft bewiesen hat, werden unsere Genossen jederzeit mitarbeiten an den Auflagen, die wirklich im Interesse Lübecks liegen. Erst durch ihr Eingreifen wurde die Debatte lebhaft und ihnen ist es zu danken, wenn die aus sanitären Gründen unabdingt notwendige Klärungsanlage nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt. Auch von Seiten der bürgerlichen Presse ist die Tätigkeit unserer Genossen in der Bürgerschaft begrüßt worden, und doch hat man es für dingend notwendig gehalten, die Sozialdemokraten und Arbeiter mindernden Rechts zu machen!

An Staatsteuern und Abgaben gingen im Monat November ein: Einkommensteuer 545 912,73 M., Eisenbahnsteuer 674,62 M., Erbschaftsteuer 45 541,54 M., Veräußerungsabgabe 17 363,05 M., Stempelabgaben 13 504,70 M., Schiffabgaben 44 980,16 M., zusammen 667 976,85 Mark gegen 599 246,78 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs; das sind 68 730,07 M. mehr. Vom 1. April bis Ende November gingen ein 2 614 561,08 M. gegen 2 586 299,34 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, mit hin mehr 28 261,74 M.

**Hauptlehrer a. D. Arnold** ist am Sonntag im Alter von 78 Jahren gestorben. Arnold war ein tüchtiger Pädagoge und lange Jahre Hauptlehrer an der Domschule. Seinen Schülern war er ein väterlicher Freund und wohl die meisten von ihnen werden sich seiner gern erinnern und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Monatsübersicht über den Mitgliederbestand der Ortskrankenkasse in Lübeck.**

Die Kasse hatte Mitglieder							
am ersten Tage des Monats	Zugang	verpflichtige	freiwillige	insgesamt		Erwerbsunfähig frank gemeldet waren	
				männl.	weibl.	männl.	weibl.
9673	3888	636	944	10309	4832	224	182
9628	3886	632	887	10260	4773	214	164

**Schutz gegen kalte Füße.** Im Herbst und Winter bilden kalte Füße eine häufige Klage zahlreicher Menschen. Daran leiden vor allem solche Personen, die eine sogenannte Lebensweise führen, wie Bureauarbeiter und Gelehrte. Die Ursache dieser unangenehmen Empfindung beruht immer auf einer gestörten Blutverteilung, insoffern das Blut zum Gehirne strömt und den heißen Kopf erzeugt, während das Blut im Unterleibe steht und die Füße chronisch kalt werden. Ist letzteres der Fall, so fühlt sich der Mensch nicht allein unbehaglich, er friert und strömt förmlich, sondern es kann die kalten Füße auch die Quelle weiterer Krankheit werden, unter welchen in erster Linie die Schlossigkeit zu nennen ist. Außerdem geben durchblutete Füße einen Kältereiz schwerwiegender Art ab, sie stören den gesamten Wärmehaushalt und führen zu Erkrankungen, zu Stottern der Rose, des Kehlkopfs, zu Muskel-Nervenkrankheiten, sowie zu Rheumatismus. Um kalten Füßen vorzubeugen, stehen uns zwar verschiedene Methoden zur Verfügung, wie Kanäle von außen einwirken und von innen heraus. Zu den äußerlich wirkenden Mitteln gehören neben dem Schutz vor kaltem Fußboden durch Auflegen von Leppichen, Strohmaten, Knochen usw., vor allem ein geeignetes Schuhwerk: Filzschuhe, Filzstiefel, Holzeinlegesohlen. Viel wichtiger ist es aber, daß die

innere Körperwärme derart reguliert wird, daß sie auch den Füßen zu gute kommt. Hier kann schon die geeignete Beschaffenheit der Strümpfe sich sehr nützlich erweisen. Sie müssen von Wolle, Seide gestrickt und öfters gewechselt werden; durch solche Strümpfe wird das in den Unterschenkelnkreislauf Blut vorgewärmt. Auch warme Fußbänder und Fußdampfbänder, sowie Massage der Beine bewähren sich sehr gut. Noch nützlicher für die Förderung des Blutkreislauses sind Körperbewegungen im Freien, Bewegungsspiele, Sport, Turnen.

**Neuer Friedhof.** Der Senat hat dem neuen Friedhof aus der Gemarkung Vorwerk die Bezeichnung "Vorwerker Friedhof" beigelegt.

**Zum Rechnungsprüfer hat der Senat den Gerichtsschreiber U. C. Bruns gewählt.**

**Neuer Bürger.** Im Monat November wurde das Staatsbürgere recht von 44 Personen erworben.

**Die lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im vergangenen Monat 33 Personen.**

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man: Am Donnerstag findet eine Aufführung des schon längst angekündigten Schauspiels "Die Hochzeit von Valentin" statt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Brandt, Schütter, Voetter und Jacoby, und der Damen Hagen, Leitner und Benaldi. Das Schauspiel ist vorzüglich einstudiert; die Regie liegt in den Händen des Herrn Brandt. — Am Freitag, den 8. d. M. wird die reizende Oper "Die verkaute Braut" nach längerer Pause wiederholt werden. — Am Sonnabend, den 9. d. M. geht die vierte große Schülervorstellung in Szene, und zwar Friedrich Schillers volkstümliches und in seiner dramatischen Wirkung wohl gewaltigstes Jugendwerk "Die Faust". Wie bisher, sind die Preise für Schüler auf 50 Pf. herabgesetzt, für Erwachsene gelten die kleinen Preise.

**Handelsregister.** Am 5. Dezember 1905 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft Carl Schlie in Büdewitz in Lübeck: Die Firma ist erloschen. 2. bei der Kommanditgesellschaft Chrhardt u. Co., Brückenbau, Eisen- und Wellblech-Konstruktionen in Lübeck: Die Firma ist erloschen. 3. Die offene Handelsgesellschaft W. u. H. Böge in Schlutup. Persönlich haftende Gesellschafter: J. W. H. F. Böge, Kaufmann in Schlutup; H. U. H. Böge, Kaufmann in Schlutup. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1905 begonnen.

**Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. November im ganzen 263 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 16 Dampfer und 13 Segelschiffe total verloren gegangen. 167 Dampfer und 67 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.**

**pb. Diebstahl.** Von einem in der großen Burgstraße haltenden Fuhrwerke wurde am Montagnachmittag zwischen 5 und 6 Uhr eine 1,75 Meter lange Peitsche mit Schwanenhals gestohlen. Der Peitschenstiel war mit rotbraunem Gewebe überzogen und unten mit weißem Horngriff und gelben Beschlag versehen.

**pb. Ermittelt wurde der Dieb, der dem Haussdiener eines an der Obertrave wohnhaften Gastwirtes, aus seinem verschlossenen Koffer 17 M. Stahl, in der Person eines in demselben Gasthause dienenden Mädchens. Das selbe wurde festgenommen.**

**Kleinod.** Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag im Kalkgraben bei Reinbek statt. Genosse Adler-Kiel referierte in zweistündiger beispielhaft ausgenommener Rede über die bevorstehende Erfahrung im neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Redner ließ die Aufgaben des Reichstages Revue passieren und kritisierte das volksfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien, welche die minderbemittelten Klassen immer mehr belasten: es sei deshalb notwendig, den Genossen Weinheimer in den Reichstag zu entsenden, wenn man gegen eine weitere Schröpfung des Volkes sei. Die Versammlung war von etwa 100 Personen besucht; Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

**Gefüllt.** Ein Gefüllt ist von der Fleischhandlung. Man schreibt dem "G.-A.": Die Zeit der großen Teuerung läßt den Wert, den die "Fleimbänke" für die minderbemittelte Bevölkerung haben, erst recht erkennen. Auf den Fleißbänken wird das von den Fleischbeschauern als "minderwertig" oder als "bedingt tauglich" abgestempelte Fleisch unter Aufsicht der Polizei verkauft. Kurze Zeit nach dem Inkrafttreten des Fleischabschlagsgesetzes war nach diesem Fleisch hier keine übermäßig starke Nachfrage, es mußten häufig zwei, auch drei Termine wegen eines Tieres angelegt werden. Das ist jetzt ganz anders! Der Andrang ist jetzt stets sehr groß und im Nu ist das Fleisch verfauft. Ein Schieber, ein Dränger, ein Bersten — man sieht, wie viel den Leuten daran liegt, auch einmal ein Stück Fleisch im Topf zu haben. Vor einiger Zeit erschien ihnen einmal der für das zum Betrieb ausgebildete Fleisch zu hoch zu stehen. Schnell war eine Einigung unter den erschienenen Käufern erzielt und der Termin mußte abgebrochen werden, weil niemand kaufte. Am andern Tage fand ein neuer Termin statt und die Preise hatten notgedrungen herabgesetzt werden müssen, weil sonst wieder niemand gekauft hätte. Wer Recht hatte — die Schräger oder das Publikum — soll dabei hier nicht untersucht werden. Aber es wird sich in diesem Falle um einen kaum schon dagewesenen "Sprint" handeln. Jedenfalls kennen die armen Leute auch das minderwertige Fleisch nicht mehr bezahlen!

**kleine Chronik der Fleischgebiete.** Eine Bluttat. Ein Haussnachtfand gestern Abend gegen 11½ Uhr in der Alsterdorferstraße in Hamburg einen Bleicher, der blutüberström und blutungsfrei auf dem Fahrdamm liegen. Er sorgte für die Überführung des Bewußtlosen nach der nächsten Wache, wo ein herbeigerufener Arzt konstatierte, daß er durch einen Messerstich am Hinterkopf schwer verletzt war. Als er ins Eppendorfer Krankenhaus gebracht werden sollte, nonnte er den Namen eines anderen Bleichermeisters, zu weiteren Angaben war er aber nicht im Stande. In der Annahme, daß der von dem Gesuchten genannte Bleicher der Täter sei, wurde er noch in derselben Nacht von der Polizei in Haft genommen. Er gab zu, mit dem Verletzen Streit gehabt und ihn zu Boden gestoßen zu haben, bereitete aber energisch, ihn gestochen zu haben. — Die "Altonaer Nachrichten" teilen mit, daß sich bisher nichts Positives über die Vergiftung des Fleisches hat feststellen lassen. Allem Anschein nach scheint auch ein Giftmordversuch nicht vorzuliegen. Rohlf befindet sich noch in Untersuchungshaft. — Ein schwerer Unfall ereignete sich in Schäfstedt bei Albersdorf. Der kleine Sohn des Gastwirts Wittmaak starzte Kopföhrer in eine Tuchetonne. Als Hilfe kam, war der Kleine bereits eine Leiche. — Sonntag wurde bei Kühlenfeld 1. M. auf der Berlin-Hamburger Bahn in Bahnhofsvorstadt Schmied 1. M. vor ungefähr Jahren. Jedenfalls liegt Selbstmord vor. Der Wärter hatte vorher den M. schon vom Gleise weggestoßen. Dieser soll aber dem Zug entgegengestanden sein. — Als Sonnabend abend kehrte aus Sharpzow, D.-R. Stadenhagen, von der hiesigen Zuckerfabrik, wohin sie

Raben gefahren hatten, zurückkehrten, stürzte einer derselben in der Nähe von Kölpin vom Pferde auf die Chaussee. Der von ihm geleitete Wagen ging über seinen Kopf hinweg, infolgedessen der Tod sofort eintrat.

Hamburg. Schon wieder ein Bauunglück. Bei einem vierstöckigen Neubau in der Benuerstraße zwischen 22 bis 26 starzte gestern Nachmittag gegen 4 Uhr eine über zwei Meter hohe Mauer ein, die an der Hinterfront für einen Kasemattenbau errichtet wird, der Platz und Lust für die Kelleräusserlichkeiten schaffen soll. Vier Arbeiter wurden verschüttet. Der Maurerarbeitsmann Johann Burmester erlitt dabei außer einer Kopfverletzung einen Fußbruch, einem 16jährigen Lehrling wurden beide Beine gebrochen, der Maurer Ernst trug einen Beinbruch davon, der Maurerarbeitsmann Sievers einen Beinbruch und eine schwere Fingerquetschung. Ein Maurer kam mit Hautabschürfungen davon. Die vier Schwerverletzten brachte man in's Eppendorfer Krankenhaus. Die Mauer, die nur einen Stein stark ist, soll durch Holz und Steine beschwert gewesen sein. Die Arbeit an dem Bau wurde sofort sistiert. Die Feuerwehrzüge 4 und 1 rückten zur Hilfeleistung an, die Sanitätsmannschaft mit Krankentransportwagen. Auch mehrere Aerzte erschienen auf der Unglücksstätte und verbanden die verunglückten Arbeiter.

Segeberg. Bei der gestrigen Landtagswahl im 15. schleswig-holsteinischen Wahlkreis entsiegt Gutbesitzer Wendroth-Müllen (freien) 75 Stimmen. Auf Graf Baudissin-Borstel (cons.) und Bund der Landwirte fielen 53 Stimmen und auf Prof. Hänkel Kiel (frei) 8 Stimmen. Gutbesitzer Wendroth ist somit gewählt.

Kiel. Der Kieler Straßenbahnerstreit dauert unabänderlich fort. Die Situation hat sich für die Streikenden insofern noch günstiger gestaltet, als sich die Zahl der Wagen, die nun kontrollieren besetzt werden konnten, noch um zwei verminder hat, sodass jetzt nur noch fünf Wagen auf einer Linie den Verkehr nicht etwa aufrecht erhalten, sondern fahren nochdürftig markieren. Die Angestellten sind seit entlassenen, bis zur Bewilligung ihrer Forderungen im Ausland zu verharren, obwohl der Polizeipräsident, der, obgleich er die Gerechtigkeit der Forderungen der Streikenden anerkannt hat, auf Seiten der Direktion steht, den Streikenden gedroht hat, ihnen

nicht nur ihre bisherigen Fahrscheine zu entziehen, sondern ihnen sogar nach Beendigung des Ausstandes keine neuen Scheine mehr zu verabfolgen, da ihr Vorgehen es fraglich erscheinen lasse, ob sie das gemäß § 1 der betr. Polizeiverordnung an die Persönlichkeit der Fahrscheininhaber zustellende Bedingung der Güterläufigkeit erfüllten! Bei der Lohnzahlung behielt die Direktion die Kavution und die Papiere der Ausständen ein, was ihnen aber das Wechselschlüssel ab, mit der unverschämten Motivierung, man wolle verhindern, dass sie das Geld in ihrem Streikkonto verlösen. Wie nicht die Gesellschaft, die Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft, die auch in Bromberg, Chemnitz, Dortmund, Hagenwinter (Bahnradbahn), Duisburg, Lübeck, Hörde, Straßenbahnbetriebe besitzt und mit einem Aktienkapital von 17 Millionen Mark arbeitet, die Förderungen der Streikenden bewilligen konnte, geht daraus hervor, dass der Kieler Betrieb in den letzten beiden Jahren, aus denen Veröffentlichungen vorliegen, den Jahren 1901 und 1902 Reingewinne von 198.000 Mk. und 208 Mk. erzielt, und dass die Gesamtdividende der Gesellschaft 10 Prozent betragen hat. Die jetzige Stellung der Gesellschaft wird jedenfalls die Argumente derjenigen Stadtverordneten, an ihrer Spitze die sozialdemokratischen Vertreter, die schon längst für eine Kommunalisierung der Straßenbahn eintraten, wesentlich stärken und vielleicht schon jetzt zu Größterungen in den städtischen Kollegien führen, da der Vertrag der Stadt mit der Straßenbahngesellschaft ersterer das Recht gibt, bei einer Betriebsstörung von acht Tagen die Bahn in eigene Regie zu nehmen.

Schwerin. Vor wenigen Tagen unter den mit dem Sozialen von Lumpen beschäftigten Arbeitern der Papierfabrik zu Stein-Kalisch bei Dömitz sind Pockenerkrankungen vorgekommen. Bis gestern wurden ähnlich vier Fälle festgestellt. Inzwischen sind zahlreiche Schutzimpfungen unter der Arbeiterschaft zur Bekämpfung zur Weiterverbreitung der Krankheit vorgenommen worden. — Ein Kirchenraub wurde in der Schlosskirche hierzulast ausgeführt. Die Diebe, die sich nach beendetem Gottesdienst hatten einschließen lassen, wohl missend, dass sie durch eine Tür, in der von innen der Schlüssel steckte, ins Freie gelangen konnten, erbrachten den Gotteshäusern und eigneten sich den Abfall, etwa 100 Mk. kleiner Münzen, an. Von der Polizei wurden die Diebe als zwei hiesige Arbeiter ermittelt und zur Haft gebracht.

Sternberg. Die Regierung brachte beim Landtag eine Vorlage ein, wonach eine Nachschiffungsverbindung auf der Linie Hamburg-Warnemünde mit der Dampfschiffe nach Gedser-Kopenhagen vorgeschlagen wird. Zur Einrichtung der Verbindung und Vergütung der Dampfschiffe werden 714.000 Mk. gefordert. Lüneburg. Die Blankeneser Notzuchtstation vor Gericht. Die hiesige Straflammer verurteilte den Redakteur Genosse Niedlinger vom Harburger Volksblatt wegen Bekleidung der Altonaer Geschworenen durch seine Kritik des Kreispruchs in der Blankeneser Notzuchtstation zu zwei Monaten Gefängnis. Große Niedlinger war wegen derselben Sachen bereits vom Stadter Landgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil jedoch aufgehoben, weil die Verteidigung durch die Nichtvernehmung des vorgewählten Mädchens erheblich beschränkt war. Zugleich wurde das Landgericht in Lüneburg mit der erneuten Verhandlung betraut. Die gestern gegen Niedlinger erkannte Strafe ist zwar erheblich niedriger, als diejenige, welche man ihm in Stade zudachte. Daß sie jedoch in irgendwie Uebereinstimmung mit dem Volksemfinden steht, wird wohl schwerlich jemand behaupten wollen. Unser Genosse hat es scharf kritisiert, daß Büßlinge, die ein junges Mädchen vergewaltigten und schwer an seiner Gesundheit schädigten, freigesprochen wurden, dafür muß er jetzt zwei Monate im Gefängnis schmachten. So will es das „Recht“! In Kiel und Hamburg konnte übrigens dieselbe Strafe, die Niedlinger zur Last gelegt wird, mit einer Geldstrafe „geschnitten“ werden, in Lüneburg nicht.

### Briefkasten.

S. B. 100. Wilhelm II. entstammt dem Hause Hohenzollern. R. heißt Reg (König).

### Kreiswangen-Siegmund.

Hamburg, 5. Dezember.

Der Schwimmbadbetrieb liefert flau. Angeführt wurden 4000 Stück, davon vom Morden-Strand, vom Süden - Strand, Strand, Weyermann - Strand, Westerholz, Schwarz 70-71 Pf., leicht 70 Pf., schwer 64-68 Pf. und Farbe 67-70 Pf. pro 100 Pfund.

## Lebende Photographien.

Unser Fiete zu seinem Geburtstag am 7. D. ein 999 mal donnerndes Foto.

Nun rate mal!

### Ein Logis zu vermieten

2,50 Mk. Untertrage 89

Zu sofort eine Wohnung, enthalten 3 helle Zimmer, helle Küche u. Zubehör, Preis 220 Mk.

Freitagsfrage 5. statt. Bügelkosten.

### Ein Mädchen nach dem Bade

zu sofort oder später. Näheres

Eg. Schiffer 55, St.

### Eine fast neue Palerna magica

bis zu verkaufen. Mittelstraße 3a.

Behende Weihnachtsgeschenke 1 büdischer Mahagoni-Rahmschrank (gut neu) und 1 große Zuber (Prachtstück für Kenner) zu verkaufen. Mittelstraße 2

Schwarzer Gehrock-Anzug billig zu verkaufen. Dieselb. reizende Männerrosen, dazu je zu Decke und Taschen als Weihnachtsgebinde. Peterstraße 26 a. I

Zwei moderne Parkettum-Sterbentische (Jugendstil) billig zu verkaufen. Peterstraße 35, part.

Z Bettw. und ein schwatzendes Kleid zu verkaufen. Salzstraße 37.

### Gardinen zu verkaufen

Salzstraße 23.

### Gelegenheitskauf.

Ecke Königstraße 48. Ecke

Schlangen Königstraße 48. Schlangen.

Schlafmöbel von 5 bis 20.

Schlafzimmerschrank mit 2 Türen 10.

Schlafzimmerschrank 5.

5 Bilderrahmen 10.

12 Dsd. Knäufe 30.

3 Pack kl. Kägel 10.

Gläsergeschäftsdruck 30 Pf. der Reihe.

Japan- u. Chinastücken u. b. andere mehr sehr billig.

### Königstraße 48. Ecke Schönmark

Ecke!

Bratwurst, selbst Bratwurst à 60 Pf.

- Bratenküche - 70 -

- Hühnchen - 70 -

- Kalbfleisch - 50 -

- Schweinefleisch - 80 -

- Schinkenfleisch - 90 -

### Ed. Kunze, Drögestr. 17

Bratwurst, selbst Bratwurst à 60 Pf.

- Bratenküche - 70 -

- Hühnchen - 70 -

- Kalbfleisch - 50 -

- Schweinefleisch - 80 -

- Schinkenfleisch - 90 -

### Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.

1 Band zu 20 Pf.

### Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte.

- Preis 1,50 Mk. -

Verhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Reichenstraße 5a.

Bestellbar jeder Buchhandlung in den gesamten Teilen der Schilder mit Ausnahme der Buchreihe „Scheit“ und „Raphe“ abgetrennt sowie der mit P. L. besiegten Artikel und sonstige Schilder und Kästen: Gaul 25 Pf.

Bestellbar jede Buchhandlung für die Schilder „Scheit“ und „Raphe“ sowie die mit P. L. geschafften Schilder und Kästen: Gaul 25 Pf.

Schilder = Bilder.

## Achtung! Bauarbeiter!

### Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 8. Dezember 1905

abends 8 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannissstraße 50-52.

### Tagess-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Koop.
3. Beratung des Kartell-Regulations.
4. Jänner

Um jährliches Erneuern ersucht

### Der Vorstand.

N.B. Solle Mitgliedsbücher können in dieser Versammlung abgeliefert werden, ebenfalls die jetzt verkauften Tombolalose.

### Carl Grimm's Weine u. Spirituosen

sind anerkannt vorzüglich.

### Carl Grimm

Wein- und Spirituosen-Handlung.  
„Kleinverkauf“  
Rosenstraße 10.

### Anzüge

mit Wohlfahrten von 1 Mark an

One Wohlfahrt erhalten

# Beilage zum Gürtler Volksboten.

Nr. 286.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

12. Jahrgang.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Lohnbewegung der Berliner Töpfer hat noch kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Eine von 2800 Töpfern besuchte Versammlung erklärte die gemachten Zugeständnisse. Regulierung des Tarifs und Festlegung derselben auf 2-3 Jahre, als ungerechtfertigt und beschloß: Da der Tarif mit dem 31. Dezember abschließt, sind in der nächsten Woche sämtliche Baumwollarbeiterinnen und sämtliche Funktionäre der Verbandsorganisation zusammen zu berufen, um die zulässigen Voraussetzungen für eine gescheite Durchführung der Tarifverhandlungen zu beraten. Das Resultat ist einer Verbandsversammlung zu unterbreiten und hierüber Beschluss zu fassen. — Die Hefener Arbeiter sind bislang befreit, sich noch immer im Aufruhr zu befinden. Sie ersuchen alle arbeiterfreudlichen Zeitungen, vorzeitig nach Duisburg zu reisen. — Die Leipziger Warbeiter und Gewerke halfen in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen treten. Sie verlangen Beseitigung des Rost- und Logiewebers, Festlegung eines Minimallohnes, Verbesserung der bis zu sechzehn Stunden betragenden Arbeitszeit, Anerkennung der Gewerkschaftsorganisation usw.

Ein neues Ausssperrungssystem hat Herr Merciono, der unermüdliche Ausssperrungstechniker, in Vorschlag gebracht, und zwar die Aussperrung nach Altersklassen, wobei die Dauertarifautoren der Alter- und Industrieverbände vorsiegen, als daß sie neue und zuverlässige Mittel zur Kontrollierung dienen sollen. Zu einer Auschrift eines Arbeitgebers an die „Arbeitgeberztg.“ wird das neue System sehr gelobt. Es wird ausgeführt: „Demzufolge könnte bei einer partiellen Aussperrung im Vereine z. B. des Verbandes Deutscher Metallindustrieller beschlossen werden, daß etwa 10 Prozent aller Arbeiter aus dem Geburtsjahr 1875-1880 aufgefordert werden; gleichzeitig müßte natürlich die Einstellung von Arbeitern aus diesen Geburtsjahren bis zur Verbesserung der Streiks, auf die das Vorgehen des Gesamtverbandes zunächst führen ist, ausgeschlossen werden. Notwendig würde es natürlich sein, die Spannung der zu sperrenden Geburtsjahre darunter zu gestalten, daß der bestmöglichste prozentuale Durchschnittsatz der Ausgesperrten auch in allen Betrieben erreicht wird. Die Erfolglosigkeit dieses Systems müßte bewiesen, daß die älteren Leute, die jenseits nur gezwungen waren an der Bekämpfung der Unternehmungen durch die Gewerkschaften teilzunehmen, von der Aussperrung verschont bleiben könnten, was ein Vorzug dieses Systems im Vergleich zum ABG-System bedeutet.“ Die „Arbeitgeberzeitung“ drückt ihre Zustimmtheit darüber aus, daß nur mehr zwei Systeme für Aussperrungen zur Wahl stehen, und bestätigt, daß noch andere Systeme zur Wahl gestellt werden. Man kann ja die Hoffnung der „Arbeitgeberzg.“ auf ihrer Ausssperrungstechniker begreifen, aber viel zu besiegen haben die ganzen Ausssperrungspläne nicht. Das eigentliche Ziel, die Macht der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen zu brechen, wird man nicht erreichen, denn die organisierte Arbeiterschaft wird sich erlauben, bei den Aussperrungen auch ein Wölkchen mitschieben, mag das „System“ noch so fein ausgeschüttelt sein. Ja, die Arbeiterschaft wird es sich zu überlegen haben, ob und wie lange sie sich Aussperrungen überhaupt noch gefallen lassen will, wenn sie sich — einig ist!

Die den Bergarbeitern in Sachsen auf ihre Fortdauer angebotene Teuerungs„zulage“ wird von den Bergarbeitern dazu benötigt, aus der Teuerungs„zulage“ noch etwas einen Bruch heranzuziehen wie das an die Kohlehändler in Breslau geschriebene Schreiben zeigt: „Um den Streikbewegungen im hiesigen wie Lager-Dörfler &c der entgegenzutreten, ist man von Seiten der bestoffenden Werke zu bestem Entschluß gekommen, den Arbeitern, den jüngsten Verhältnissen entsprechend, eine Lohnsteigerung zu bewilligen, die selbstverständlich (1) eine Preissteigerung zur Folge hat, die

am 1. Dezember d. J. bereits in Kraft treten wird. Ich behaue daher, die von Ihnen unter Vorbehalt in Not genommenen Wagen nur zum erhöhten Preis: 8 Mk. für Großwagen und 6 Mk und 8 Mk. für Industriewagen für 200 Rentner ausführen zu können, und bitte, mir umgehend wissen zu lassen, ob Sie die neuen Preise anlegen wollen, anderfalls ich die betreffenden Wagen als unzureichend betrachten würde.“ Im Bittauer Brauereihofen erüber regen sich die Arbeiter überaus. Im Gerichtsgebäude zu Lüneburg fand am 27. November d. J. eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, die nach einer Abstimmung von Polizei und den Belegschaften feste, sich der allgemeinen Lohnbewegung der sächsischen Bergleute anzuschließen.

**Verwendung von Arbeitergroßkisten.** Gencse Pfannfuchs schreibt im „Vorwärts“: Durch den „Vorwärts“ erfahre ich, daß die bürgerliche Presse sich mit meiner Person beschäftigt und mir zum Vorwurf macht, der „ehemalige Reichsgerichtsrät“, jetzige Reichsgerichtsabgeordnete, Stadtvorordneter und Parteimitglied habe 1500 Mk. Umzugskosten für die Überführung von Kassel nach Berlin liquidiert, während der Umzug aer 500 Mk. habe kosten können. Der letztere Missbrauch bin auch ich, und ich wäre ein Mist, hätte ich die Unverantwortlichkeit gehabt, den dreifachen Betrag zu fordern, ganz abgesehen davon, daß die zuständige Justiz die mir unterstellt unverhohlene Forderung abgewiesen habe. Die mir gemachte Anklage ist erlogen. Richtig ist, daß ich Ende Juli 1892 von Kassel nach Hamburg vergaen bin. Die Umzugskosten hat der Verlag der „Neuen Freiheitzeitung“ bestreut. Der Transport der Familienkisten und acht Blätter für die Familienmitglieder haben sie mir selbst von den bürgerlichen Blättern zugestandene Summe von 500 Mark nicht erreicht, sondern sind doch um ein Fünftel dahinter zurückgeblieben. Im Januar 1894 fiederte ich nach Berlin über. Diese Überfahrt kostete 500 Mark verhältnis, was dem Umstand geschuldet ist, daß die Löwig meines Hamburger Mietvertrages 175 Mark erforderte. Infolge des „Kölner Corp“ wurde die Elektrisierung der Leitung der Bergwerkschäfte notwendig, ich mußte daher im Dezember 1895 mit der Familie wieder Hamburgs gesuchten Boden aussuchen. Die Rückkehr erfolgte im Oktober 1897. Beide Umzüge haben den Betrag von zusammen 800 Mark nicht übersteckt, obgleich ich auch bei der unter dem Zwang der politischen Situation erfolgten Abreise nach Hamburg 150 Mark für die Erfüllung des Mietvertrags zahlen mußte. Somit habe ich für vier Umzüge den Betrag, den ich für den nie ausgeübten Umzug Kassel-Berlin erhalten haben soll, nur um 200 Mark übersteuert. Nicht um mich zu rechtfertigen, habe ich vorliegende Darstellung gegeben, sondern um die Verlegenheit der Berichterstattung einer bestimmten Spezies der bürgerlichen Presse an einem eklatanten Fall hervorzuheben.

Krankenwagen nach der Charité gebracht. Die Leiche der erschossenen Frau wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauspiel eingeliefert. Die Motive, die der unseligen Tat zugrunde liegen, konnten noch nicht mit Bestimmtheit aufgeklärt werden. Wahrscheinlich ist es es gewesen.

Ein Eisversuchskontakt auf offener Bühne fand am Freitag vor dem Schwurgericht zu Bayreuth ein Nachspiel. Vor einiger Zeit fuhrte der 50jährige Schauspieler Hermann genannt Morelli aus Regensburg bei einer Theatervorstellung in Schwarzenbach auf der Bühne einen Revolveraufschuß auf seine Geliebte, die 48jährige Schauspielerin Schulz genannt Hauptmann, ab, durch den diese plötzlicherweise totstarrte am rechten Arm verletzt wurde. Morelli, der wegen Totschlagsversuchs angeklagt war, bestritt entsetzt die Tötensucht; er will vielmehr die Tat in einem Aufstand quälender Eisversuch verübt haben. Seine als Zeugin geladene Geliebte suchte ihn in einem möglichst vorzeitigen Tode erschließen zu lassen; sie ist zwischen völlig gesunden und tot wieder bei derselben Theatergruppe auf. Die Geschworenen bewilligten dem Angeklagten mildstende Umschläge, worauf ihn das Gericht zu nur acht Monaten Gefängnis verurteilte.

Vom Wiener Modelltheater wurde unter Mitwirkung der Regierung und der katholischen Behörden der dankenswerte Versuch gemacht, ein Theater zu konstruieren, daß eine möglichst große Sicherheit gegen Brandkatastrophen bietet. Daß grobe „Modelltheater“ unterschiedet sich nicht von der Art des gewöhnlichen Theaters, die Neuerung, die es einführen will, besteht lediglich in der Anbringung von Lüftöffnungen an der Decke der Bühne wie des Zuschauerraums, die beim Zerbruch eines Fensters von außen geöffnet werden, teils sich automatisch öffnen. Zuerst fand nun wieder eine Feuerprobe vor gefülltem Publikum statt. Einleitend wurden die Beobachter in den bisherigen 27 Versuchen mitgeteilt. Sie erfreuten sich auf die Möglichkeit eines gefährlichen Außenhalts im Zuschauerraum, die Druckverhältnisse im Zuschauerraum und Bühnenraum, die Temperaturen in verschiedenen Höhen, die Luftheissigkeit, die Verhältnisse des eisernen Vorhangs, der Fensterbähnge, der Notbeleuchtung, das Auftreten der Stückstämme, die Flammenscheide und die Rauchschleier. Bei geschlossenen Raumklappen, rissiger Bühne und Bagration gegen die Zuschauer war der Zuschauerraum in wenigen Minuten von Rauchgallen und heißen freischwimmenden Flammen erfüllt; das Niederreißen des eisernen Vorhangs steigerte die Flammen in den Zuschauerraum, da durch den sich verengenden Spalt Gas und Flammen mit um so größerer Gewalt hereinströmten und wiederholt waren; auch Löschversuche verzögerten nur die Dämpfe und damit die Entzündungsgefahr. Das sofortige Auftreten der Raumklappen nach dem Niederreißen des eisernen Vorhangs erwies sich als fiktives Mittel, das Feuer zu isolieren und eine Leben bedrohende Anomalie von Rauchgasen zu verhindern. Bei rechtzeitigen Drosseln der Klappen und Niederreißen des eisernen Vorhangs wirkte sich der Brand im Bühnenraum aus ohne Gefährdung des Zuschauerraums. Was die Notbeleuchtung anbetrifft, so erlöschten Gasflammen infolge der Entzündung des nötigen Sauerstoffes zuerst. Petroleum- und Fettkesselfieber widerstanden länger. Unbeschädigt durch den Brand blieben allein die elektrischen Glühlampen, deren jede eine besondere Leitung und Kraftquelle hatte. Diese Ergebnisse wurden den geladenen Herren, die den Bergärger im Inneren durch eine neuere Glasmwand in voller Ruhe von außen zuschauen konnten, in fünf neuerlichen Beobachtungen veranschaulicht. Der erste Versuch war eine Rekonstruktion der Ringtheater Katastrophe: die Klappen blieben geschlossen, der eiserne Vorhang ging nicht herunter. Im Nu waren Bühne und Zuschauerraum von Feuer und Rauch erfüllt, ein erstickender Anblick, den krachend und polternd zusammenprallenden Dekorationen noch grauenhafter machten. Nachher füllte man gewaltige Mengen von Gasen fest, deren Einatmen unbedingt tödlich

## GOLD AND GOLD

Eine Familientreugödie. In der zweiten Mittagsstunde erschob Sonnabend der aus Wien zugereiste Techniker Weißfelsch eine angekleidete Frau, in Wirklichkeit war es seine Geliebte Josephine Weiß und versuchte dann sich selbst zu töten. Das Paar war in einem Hotel in der Königgräßerstraße 111 in Berlin abgestiegen und hatte dort Wohnung genommen. Dem Pfeifer war es durch sein seitlames Geboren aufgefallen. Als der Kellner heute in der Mittagsstunde durch das Zimmer der beiden ging, um die Rechnung einzuklären, bat Weiß, später noch einmal vorzutreten, da er augenscheinlich betäubt sei. kaum hatte der Kellner die Stube verlassen, stießen mehrere Schüsse. Als man in das Zimmer eindrang, fand man die angebliche Ehefrau tot vor. Sie hatte von ihrem Mann einen Schuß in die Brust erhalten, so daß der Tod sofort eintrat. Der Techniker hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gelegt; er gab noch Lebenszeichen von sich und wurde in einem

vor dort in dieses Camp, und ganz in der Nähe arbeiten auch drei Neger.“

„Oh, ich weiß jetzt schon — und Euer Pferd war sehr, sagt Sie?“

„Ja, es hatte sich an einem Aste die Haut und das Fleisch des rechten Vorderbeins aufgerissen. Ein braunes Pferd, das linke Hinterteil über den Flanken weiß, und mit einem eberförmigen Stern auf der Stirn.“

„Nun, der ist jedenfalls aufzufinden,“ sagte Hale. „So viel Lehne Pferde wird es im Paradies nicht geben. Aber wie bekommen wir die Zeugen vom Macalome herüber, wenn Ihr selbst nicht imstande seid, nur die Namen zu nennen?“

„Geben Sie mir jemanden mit hinüber und ich will selber.“

„Ja kann ich mir denken,“ rief der Sheriff — „jetzt wo der ganze Busch voll von Indianern steht. Ich weiß nicht einmal ob wir einen Boten finden würden, der hinüberreiten würde.“

„Und was könnten die auch helfen,“ sagte Cool. „Doch stehend bezogen doch Ihr früher gearbeitet habt, denn das Ihr der Platz nicht einmal auf einen holzen Tag oder in der Nacht verlassen, wird keiner im Stande sein zu beschwören.“

„Und wie beweisen wir den Burschen jetzt?“ fragte Hale — „Lange können wir ihn nicht halten und Gefangenisse haben wir auch nicht.“

„Wir können nichts weiter tun, Mr. Hale,“ sagte der Alkalde, „als an Ort und Stelle erst den Leibesstand zu konstatieren und die Burschen zu vernehmen. Halten wir ihn daar für schuldig, so müssen wir ihn an die Distrikts Court abliefern, die sein Urteil ausspricht wird. Mir steht kein Recht zu über Leben oder Tod.“

„Ah, ja der Junghie steht es zu,“ rief Cool wild dazwischen. „Gloria! Ihr, wir werden den Mörder eines so christlichen Jungen wie jener seine Büchse in den amerikanischen

katholischen Wäldern führen, den Abolitionisten nach Golden gate oder gar nach San Fransisco hinüber zu den, daß sie ihn dort nach Südküsten wieder laufen lassen?“

„Ihr werdet tun, Sir,“ sagte der Richter ernst, „was Euch die Gesetze gebieten.“

„Wenn Ihr das glaubt,“ lachte Cool, „dann knüpft Ihr die Kalifornier doch nicht. Aber verdammt will ich sein.“

„Ruhig, Cool,“ unterbrach ihn Hale — „die Sache geht jetzt ihren Gang, und daran läuft Ihr nichts anderes, ob Ihr den lieben Herrgott oder den Teufel zu Hilfe rufst. Die Hauptfahne ist jetzt, den Burschen so zu bewegen, daß er nicht austreten kann.“

„Ich werde Euch nicht einschließen,“ sagte der Gefangene ruhig.

„Ja, das ist alles sehr schön, meinte der Sheriff; „auf die bloße Versicherung hin möchte ich aber gerade nicht bauen. Noch etwas zu sagen, Mr. Henson?“

„Nein — Ihr werdet mir das für, daß dem Gefangenen nichts obgeht.“

„Du essen und zu trinken soll er haben.“

„Und daß er nicht beleidigt wird.“

„Er ist unter meiner Obhut,“ sagte Hale sanft, „und bis wir nicht bestimmt wissen, ob er schuldig ist, wird ich ihm die Burschen schon vom Reihe halten.“

„Und wollt Ihr ihn bewegen?“

„In meinem eigenen Belieben — freiwillige Wachen werden sich schon dazu finden.“

„Es ist gut. Noch einmal, Mr. Golway, es tut mir leid, Sie in solcher Lage zu sehen, aber —“

„Lun Sie Ihre Pflicht, Sir,“ sagte Golway, „nicht verlang ich von Ihnen nicht.“

„Sonst noch etwas, Squire?“ fragte der Sheriff.

Mr. Henson schüttelte mit dem Kopfe, und die beiden Männer führten den Gefangenen im nächsten Augenblick weg.

hätte wählen müssen. Der zweite Versuch zeigte bei geschlossenen Klappen die Gefahr der Stichflammen während des Herunterlassens des eisernen Vorhangs. Beim dritten Versuch mit geöffneten Bühnenklappen und ausgezogenem Vorhang blieb der Aufenthalt im Buschauerraum möglich, wenn auch die Temperatur etwas zunahm. Der vierte Versuch unter Dessaung sämtlicher Fenster, Türen und Niederlassen des Vorhangs während des Brandes war der Höhepunkt der Vorführungen und machte den Eindruck als wenn im sicheren Raum ein wohlverwahrtes Feuer brenne. Beim letzten Versuch ließ man auch den Bühnenregen in Funktion treten. Man wird diese Brandproben, wozu zahlreiche fremde Fachleute ihr Erscheinen zugesagt haben, und deren auch am Mittwoch wieder eine stattgefunden hat, überall als ein dankenswertes Unternehmen begrüßen und mit regem Interesse verfolgen.

**Ein Mord bei Wien.** In Baden bei Wien wurde in der Nacht zum Freitag, wie aus Wien berichtet wird, Lubretta Freifrau v. Biedermann - Thuron, die Witwe des jüngst verstorbenen Gesellschafters des Wiener Bauhauses Biedermann ermordet. Sie bewohnte die Villa allein. Gestern morgen fand man sie mit zertrümmerinem Schädel und Würgespuren am Halse auf. Der Gärtner im Gartenhaus neben der Villa will nichts bemerkt haben. Man weiß noch nicht, ob die Tat ein Raubmord oder ein Nachhalt ist. Es konnte auch noch nicht festgestellt werden, ob etwas geraubt wurde.

Ein Kampf zwischen Bauern und Waldhütern.  
Der „Budapesti Hirsz“ meldet aus Großwardein:  
In Transsisi es zu einem aufregenden Kampfe zwischen  
Waldhütern und Bauern, in dessen Verlauf zwei Per-  
sonen getötet und zwanzig mehr oder minder schwer  
verletzt wurden. Die Waldhüter Demeter, Bogh und Katal-  
opp überraschten den Bauer Georg Flora, als dieser an  
einer verbotenen Stelle fischte. Die Waldhüter schossen den  
Bauer, der sich seiner Verhaftung mit Gewalt widersetze,  
nieder. Als die Bewohner des Dorfes hiervon erfuhren, be-  
waffneten sie sich mit Hiezbäumen und Steinen und verfolgten  
die beiden Waldhüter, die in das Gemeindehaus flüchteten.  
Die Feuerwehr, welche rasch requiriert wurde, machte von  
dem Bojorrett Grabrausz, wobei ein Bauer durch einen Ba-  
tonettstich getötet wurde und zwanzig teils schwere und teils  
leichtere Verletzungen erlitten.

Ein raffiniertes Räuberstücklein war die Entwendung einer Wertsendung von 100 000 Fr. aus dem Eisenbahngut zwischen St. Gallen und Bern. Die Sendung bestand, wie wir in der „Gess.“ lernen, von der Kreispostlese der Bundesbahnen in St. Gallen und war für die Hauptpostlese in Bern bestimmt. Sie wurde jedoch nicht mit Post, sondern auf dem Bahndienstwagen befördert. Indessen war sie wie ein Paar abgesetzt, versteckt und auf der Wertangabe von 100 000 Fr. betrieben. Der Gehalt bestand aus 50 Tausender- und 100 Fünftausender-Briefnoten. Am Montag v. W. vormittags um 10 Uhr 45 Min. kam die Sendung auf dem Säntiser Hauptbahnhof an. Dabei fiel einem Beamten auf, daß sie sich nicht mehr im gleichen Gepäckwagen, dem er in St. Gallen übergeben worden war, befand, sondern in einem vor Romonthorn kommenden

## Bürgertafel.

Zu lübedürfter Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Albrecht, Arbeiter. Bäke, Dreher in Moisling. Bahr  
 Grämer. Bölow, Major a. D. Burge, Maschinenfächler  
 gefelle. Dib, Expedient. Dohrendorf, Husar in Sternstraße  
 Dräger, Schmiedegeselle. Dütscher, Stadtbriefträger. Egter  
 Malermeister. Gebhard, Dr. iur., Referendar. Greditzmühl  
 Arbeiter. Gröpper, Tischlergeselle. Hansen, Elementar-  
 lehrer. Harber, Lotte in Treuenbüttel. Herz, Bäckergeselle  
 Hübenbüttel, Müller Schäfer, Arbeiter. Kantis, Schlosser  
 gefelle. Kleinert, Expeditionsassistent bei der Lübeck Sühe-  
 set Eisenbahn-Gesellschaft. Krozer, Agent. Lüke, Heizer  
 Lübeckstrasse. Materialverwalter bei der Lübeck Büchener  
 Eisenbahn-Gesellschaft. Mäder, Buchhalter. Möller, Schuh-  
 macher

Angenommen zu folgen. Sie hätte nicht die langen Jahre im  
drei Eltern leben, nicht dort Sorge ihrer willkürlichen  
Sprossenreiche sein müssen.“

Horben hatte sich in einem Stuhl geworfen und schüttete  
ihm traurige Gedanken darüber dabei vor sich niederschreibend, auf  
die Tisch. Er hörte nicht, wie seine Frau leise wieder lachte.  
Sie waren beide jetzt entzückt — late sie auf ihn einzurichten.

„Sie haben Gott getrostet war — wie je um ihn gespielt.  
Gott als Ihr Vater hand leicht auf seine Schulter legte und sie  
zur Kirche führte. Ich er langsam seine Hand los, bis  
sie fügte, dass den Kopf trachte er nicht nach ihr zu.

"Was wenn er den Korb während veräst hätte?" fragt  
Herrin, ohne zu lächeln.

"Der Stoff hat Golde, das ihm Gold gehört, ist böse gefüllt worden." „Wer kann ein Engel vom Himmel niedersetzen“, rief Gang in wilder Verzweiflung, „wodurch, er ist läufig, ist ja nichts mehr, wodurch, und fortwährend wird.“

„Gern!“ rief Hefter, erkannt von seinem Stadte und  
Ferndienst und sie erledigend — „Das ist euer Dr.“

Wilde, Arbeiter. Willöst, Hindenburgscheule. Willwater,  
Agent. Wösser, Kaufmann. Ziegler, Tischlermeister.  
Dieselben haben am 29. November 1905 vor dem Ge-  
nate den Bürgereid geleistet.

## Einheitsgrundsätze der Rechnung

vom 26. November bis 2. Dezember 1905.

## Geburten.

a) Studenten: Name und Beruf des Vaters.

8. November. Arbeiter W. J. H. C. Keimpe. 19. Kaufmann E. D. Pauls. Vermessungsgehülfen W. J. H. Peters. 22. Flusschiffergehülfen A. J. H. Richtmann. 24. Kaufmann J. J. H. Giesenbergs. 25. Schneider A. C. C. Daug. 26. Maurer B. W. J. Nitschke. Maurer J. H. W. Jabs. Arbeiter G. A. H. Schläger. Arbeiter B. H. G. Glas. Arbeiter K. F. J. Hamann. Arbeiter L. H. W. J. Behrens. Schuhmann H. K. W. C. Zelt. Buchbindermeister A. C. A. Hinz (Zwillinge). 27. Kesselschmied H. A. C. Unger. Schiffsbauer C. J. J. Harnack. Arbeiter A. K. H. J. Langhans. Zimmermann J. B. C. Wilms. 30. Ingenieur G. E. T. Zimmermann. 1. Dez. Arbeiter C. A. Fransson.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

17. November. Krämer B. L. L. W. H. Hink. 21.  
Arbeiter H. H. David. Arbeiter J. J. P. H. Bieregg.  
22. Tischlermeister H. F. Barbry. Barbier W. O. H.  
Schmalfeld. Arbeiter J. H. F. Ehlers. 24. Arbeiter A.  
F. J. Barbys. Arbeiter E. G. A. Nehmer. Schiffszimmer-  
mann J. P. C. J. Falkenhagen. 25. Rechtsanwalt und  
Notar J. C. Fehling. Kaufmann P. F. C. Kredien. 26.  
Schneider A. J. H. H. Busch. Arbeiter F. H. A. Einfeldt.  
Arbeiter J. H. Möller. Oberlehrer Dr. phil. E. H. Gilbert.  
Geschäftsführer E. J. C. C. Soltau. 27. Arbeiter F. E.  
F. Bagel. Schlosser C. W. A. Wilmien. Kesselschmied C. J.  
F. Upahl. 28. Arbeiter H. G. C. Koc. Buchhalter A. A.  
Wöckner. 29. Arbeiter W. R. H. Gellermann. Arbeiter  
J. F. E. Langhof. Fabrikarbeiter W. J. H. Grundt. 30.  
Arbeiter R. H. C. Gulert.

## Sterbefälle.

26. November. Früherer Kornträger M. P. A. Strüss,  
70 J. Arbeiter J. J. Scanz, 64 J. Ein Mädchen, 2 Std.,  
W.: Arbeiter F. H. A. Einfeldt. Gefunden in der Trave  
die Leiche eines unbekannten Mannes. 27. H. A. B.  
Hamann, 5 M. H. G. G. Heinze, 2 J. D. E. S. geb.  
Walter, Witwe des Schuhmachers Carl Eduard Bogs,  
54 Jahre. Johanna Dorothea Margaretha geb. Ritz.  
Ehefrau des Lagermeisters J. J. J. Diercks, 54 J. 28. H.  
H. J. Fölsch, 2 M. Privatmann Ch. H. C. C. Schmidt,  
75 J. Gärtner C. W. L. Giese, 67 J. 29. M. J. E.  
Schweiz, 3½ M. A. H. J. Liebrecht, 5 J. 9 M. Hand-  
lungsgehilfe J. H. M. Jörg, 39 J. 30. C. H. Siebuhr,  
5 L. (Vorwerk). K. E. Fischer, 1 M. J. F. H. geb. Vier-  
mann, Witwe des Schuhmachers A. H. Liepelt, 74 J.  
Privatmann H. J. A. Dose, 73 J.

### **Angenommene Maßgebote.**

27. November. Arbeiter C. W. Ch. Berg und M. Sanned in Scharfstorп. Kesselschmied J. J. H. Ebert und und A. W. J. Kollenkark in Damgarten. Schiffer J. Sievers und W. M. Lox, beide in Seestermühlе. 28. Procurist F. W. H. Meyer und B. M. A. Moll. Bahmester A. C. M. Lehmann und E. C. Sellmer, beide in Wankendorf. 29. Brothändler M. Levin in Hamburg und D. Cohn. Arbeiter H. L. Becker und H. M. Heerhold. Tischler E. G. G. Stegemann und F. C. M. Witt. Bauunternehmer H. C. C. Hormann und C. H. M. Runge. Arbeiter F. J. H. F. Jacobi und A. C. M. M. Sinn. 30. Kaufmann Th. G. K. Guthknecht rect. Gottknecht und B. A. Fangerau, beide in Charlottenburg. 1. Dezember. Schmied K. Becker und M. W. A. Koelter. Buchhalter B. H. H. Kettelhohn und M. C. C. Becker. 2. Schlosser L. Huber und F. C. S. W. Schläfer.

## Schedel-Herzogen.

28. November. Postillon F. H. H. Schwänke und E. D. H. Meyer. 29. Schäfkwirt J. H. J. Gerdts und M. L. Horwe. 30. Maschinist W. H. J. Sommer und C. Ch. C. Jüd. 2. Dezember. Tabakspinner A. W. H. E. P. Haertel und C. L. J. C. Brenner. Prokurist E. H. Preuß und L. L. M. Detloß. Maurer E. W. J. Wiese und W. D. C. Jahnke. Brenner G. W. Trettin und Witwe A. G. L. Stegemann geb. Rüh. Maurerpolier E. G. C. Sab in Wanne und A. M. B. Stoffers. Gärtner A. B. E. Trost und A. B. Glasgow. Kaufmann P. J. Andresen in Segeberg und J. S. M. Lubeseder.

einen andern Seelenwunsch, als ihn glücklich zu leben und von dem tragödijlichen Wahrt zu helfen der ihn besangen heißt und seine Kräfte läsmte? Ja diese Wahniss selbst, zwischen einer Horde von Menschen, vor deren Macht sogar die Fabriker zurückweichen, bin ich ihm gefolgt — mein ganzes Leben hab' ich ihm, nur ihn allein geweiht, wahr und ehrlich. — Aber auch das Leben selbst hat eine Grenze. Es gibt einen Punkt, der mich zum Wahnsinn treiben — es gibt eine Stelle in meinem Herzen, die Sie zu Tode treffen könnt. Wahrt Euch davor, deutz ich selber — stehe nicht für die Folgen."

„So liebst Du Deinen früheren Bräutigam noch?“  
fragte der Mann, und seine Stimme klang höchst gespenstisch.

„Lieben“, wiederholte Ise und zog die Frau, und der ausgestreckte Arm sank an ihrer Seite nieder. „Lieben? — ja, wie man einen Toten liebt. — Aber nicht noch einmal will ich ihn vor meinen Augen morden sehen“. Sie sah rascher und heftiger hinzu. „Spiele nicht mit den Gefühlen, Ernst, die Gott uns selber in das Herz gelegt und die wir selber nicht vertilgen können, ohne das Gesetz zu brechen. Dieser Mann war meine erste heile Liebe, und wenn ich auch das Gefühl mit der Wurzel aus der eigenen Brust gespalten habe, die feinen Fäden, die es früher hielten und verührten, blieben darin zu sitzen. Ich habe ihm entsagt, und Deiner Liebe froh, Ernst, soll nicht der Schatten seines Bildes mehr zwicken und treten — aber Du kannst nicht verlangen, daß ich ihn vergessen soll — Du kannst nicht glauben, daß ich kann.“

"S' w'g!" schrie Haspel erschrocken, die Hand gegen sie aufsprechend.

(Fortsetzung folgt.)

(Sect. 18) 148